

## OEI-INFORMATIONEN

Forschung – Veranstaltungen – Publikationen

Nr. 2/2008

Juni

### Kommentar

### Russland nach den Präsidentenwahlen



Russlands neuer Präsident Dmitri Medwedew.

Die Kür Dimitri Medwedews zum russischen Präsidenten am 2. März 2008 war die allseits erwartete, von seinem Amtsvorgänger Vladimir Putin inszenierte und gewünschte Proklamation. Auch wenn kein Zweifel daran besteht, dass das Wahlergebnis den Willen der Mehrheit der russischen Wähler korrekt wiedergibt, so war die Wahl alles andere als demokratisch. Denn der demokratische Lackmestest einer jeden Wahl findet weit vor dem eigentlichen Wahltag statt. Und hier konnte von demokratischen Spielregeln keine Rede sein. Der Regierung unliebsame Kandidaten wurden einfach gar nicht erst zur Wahl zugelassen. Prominenteste Opfer waren der frühere Finanz- und Premierminister Michail Kasjanow – er wurde 2004 durch Putin entlassen – sowie der frühere Schachweltmeister und Regierungskritiker Garri Kasparow. Die OSZE schickte nicht einmal Wahlbeobachter nach Russland, weil sie sich aufgrund der Beschränkungen durch die russischen Behörden nicht in der Lage sah, ihre Aufgabe vernünftig zu erfüllen. So hat denn auch die vom Europarat entsandte Beobachtergruppe lapidar zu Protokoll gegeben, dass das demokratische Potenzial der Wählerschaft nicht ausgeschöpft worden sei.

Auch wenn diese Defizite natürlich zur Kenntnis genommen wurden, so waren die Reaktionen auf Medwedews Wahl in Deutschland, aber auch anderswo, weitgehend positiv. Gerade auch in der Wirtschaft sieht man in ihm einen Garanten für eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit. Dieser Optimismus kann sich vor allem auf zwei Beobachtungen stützen.

Zum einen war schon die Nominierung Medwedews im Dezember 2007 eine positive Überraschung. Noch kurz zuvor wurden der Premierminister Viktor Subkow und dessen Stellvertreter Sergej Iwanow als wahrscheinlichste Nachfolger Putins gesehen. Es darf als sicher gelten, dass die Wähler auf Wunsch Putins auch einen dieser beiden Politiker gekürt hätten. Beide haben schon zu Sowjetzeiten Karriere gemacht, Iwanow auch innerhalb des KGB. Der deutlich jüngere Medwedew, vor der Wahl ebenfalls stellvertretender Premierminister sowie Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom, hat demgegenüber keine Wurzeln in alten Kadern. Insbesondere zählt er nicht zur Gruppe der sog. „Silowiki“ (russisch: sila = Stärke, Macht) aus den Einflussbereichen von Armee und Geheimdienst. Daher könnte die Entscheidung Putins für Medwedews als Signal für ein Mehr an Demokratie gewertet werden. Die von einigen skeptischen Beobachtern vertretene Alternativerklärung läuft darauf hinaus, dass Putin in seinem neuen Amt als Ministerpräsident keinen zu starken Präsidenten aufbauen wollte.

Zum anderen sind aber auch die Äußerungen Medwedews zur Bedeutung individueller Freiheitsrechte und zur Diagnose von Problembereichen der russischen Politik durchaus ermutigend, weil unmissverständlich, offen und zielgenau. So hat er in einer Rede in Krasnojarsk Mitte Februar explizit auf die Probleme der Qualität russischer Gesetzgebung, der mangelnden Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative sowie der Korruption aufmerksam gemacht und entsprechenden Handlungsbedarf benannt. Die nächsten Monate werden zeigen, ob und inwieweit den Worten auch Taten folgen werden.

Die positive Wahrnehmung der Wahl Medwedews war teilweise auch der Einschätzung geschuldet, dass die Einhaltung demokratischer Spielregeln gegenüber der Wahrung von Stabilität bzw. „Recht und Ordnung“ – ein oft sehr missverstandenes und missbrauchtes Begriffspaar – in den Hintergrund zu treten habe. Die positive wirtschaftliche Entwicklung in Russland unter Putin genügte dem früheren Bundeskanzler Schröder sogar, den Duz-Freund Putin als „lupenreinen Demokraten“ zu bezeichnen. Aus wissenschaftlicher Sicht ist dem allerdings entschieden zu widersprechen. Während sich der wirtschaftliche

### Inhalt

Kommentar.....	1
Vorträge und Veranstaltungen.....	2
Ankündigungen.....	4
Aus der Forschung.....	4
OEI-Veröffentlichungen.....	7

Osteuropa-Institut  
Landshuter Str. 4  
93047 Regensburg  
Tel.: 0941 - 943 5410  
Fax: 0941 - 943 5427  
Email: [oei@osteuropa-institut.de](mailto:oei@osteuropa-institut.de)  
[www.osteuropa-institut.de](http://www.osteuropa-institut.de)



Wappen der Russischen Föderation.

Glanz der Putin-Ära zu einem guten Teil einer Verfünffachung des Ölpreises verdankt – fast zwei Drittel der Exporte und etwa 40 % der Staatseinnahmen sind dem Energiesektor geschuldet –, weisen zahlreiche empirische Studien immer wieder darauf hin, dass wirtschaftlicher Wohlstand mit transparenten gesellschaftlichen Spielregeln einhergeht. Die Qualität politischer und gesellschaftlicher Institutionen ist für die Wirtschaft wichtig. Von daher macht es keinen Sinn, die undemokratische Nachfolgeregelung für das russische Präsidentenamt oder gar weitergehende Demokratiedefizite als vielleicht unangenehm, aber letztlich gerechtfertigten „Preis“ für politische und wirtschaftliche Stabilität anzusehen. Alle einschlägigen Indizes für die Qualität von Institutionen stellen Russland aber ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. Der Corruption Perception Index sieht beispielsweise Russland knapp hinter (!) Ländern wie Äthiopien, Paraguay und Pakistan. Die inzwischen bereits stagnierenden bzw. zurückgehenden Ölfördermengen machen zudem deutlich, dass sich auch Russland nicht auf unabsehbare Zeit auf seinen Rohstoffreichtum verlassen können. So ist dem russischen Volk sehr zu wünschen, dass es Medwedew gelingen wird, seiner korrekten Analyse der Prioritäten vor der Wahl die politischen Weichenstellungen nach der Wahl folgen zu lassen. Er verdient dabei jede denkbare Unterstützung.

### Vorträge und Veranstaltungen

### Europa im Umbruch: Erweiterung und neue Nachbarn der Europäischen Union im östlichen Europa



Südost-Institut



Am 30. und 31. Mai diskutierten Politiker und Wissenschaftler auf einer gemeinsamen Fachtagung des neu gegründeten Wissenschaftszentrums Ost- und Südosteuropa und der Akademie für Politische Bildung Tutzing zentrale Fragen der europäischen Politik. Die Tagung fand in dem Regensburger Wissenschaftszentrum statt und stieß mit über 100 Teilnehmern auf reges Interesse der regionalen und überregionalen Öffentlichkeit.

Im Zentrum der Tagung standen vor allem die Folgewirkungen der Osterweiterung. Die durch die Osterweiterung enorm angewachsenen Unterschiede hinsichtlich Einkommen und Produktivität waren Anlass vielfältiger Befürchtungen in der Bevölkerung. Erwartet wurden negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und anwachsende Migrationsströme.

Gerhard Untied von der Universität Clausthal zerstreute diese Befürchtungen. Seine mit anderen Kollegen erstellte Studie zeige auf, dass die Erweiterung zu Wohlfahrts- und positiven Beschäftigungseffekten geführt habe. Der dynamisch gewachsene Außenhandel und die Direktinvestitionen seien der treibende Motor dieser Entwicklung. Künftig würde die EU-Kohäsionspolitik die Wirtschaftsdynamik der Neuen Mitgliedsstaaten (NMS) noch zusätzlich unterstützen. Für Deutschland sei diese Region insgesamt zum wichtigsten Handelspartner mit hohen eigenen Exportüberschüssen aufgestiegen. Vor dem Hintergrund der noch immer geltenden Übergangsregelungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit falle Wanderungsdruck aus den neuen Mitgliedsländern nach Deutschland eher moderat aus. Aber auch nach Beseitigung der Beschränkungen würde sich die Arbeitsmigration nach Deutschland nur mäßig erhöhen, weil steigende Löhne in den NMS die Lohnunterschiede zum Westen verringerten.

In seinem Koreferat wies Jürgen Jerger, Direktor des Osteuropa-Instituts Regensburg, zudem darauf hin, dass sich die wirtschaftlichen Effekte der Osterweiterung aufgrund der Liberalisierungen im Handel und Kapitalverkehr schon weitgehend vor der Mitgliedschaft eingestellt hätten. Zudem sei die höhere Arbeitslosigkeit für das gering qualifizierte Segment des Arbeitsmarktes weniger durch den intensiveren Handel mit Niedriglohnländern als durch den technologischen Wandel verursacht. Obwohl die NMS ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum aufwiesen, müsse mit einem jahrzehntelangen Konvergenzprozess der Einkommen gerechnet werden.

Auch die Institutionen und Politikbereiche der Union sind mit der Erweiterung herausge-



Wolfgang Quaisser (OEI / Politische Akademie Tutzing), Jürgen Jerger, EU-Kommissarin a.D. Michaela Schreyer, Finanzminister und Nationalbankpräsident a.D. Leszek Balcerowicz.



Aus dem OEI diskutieren mit: Katrin Boeckh, Volkhart Vincentz, Jürgen Jerger.

fordert. Kann die Union die Vertiefung und Erweiterung auch weiterhin im gleichen Maße vorantreiben, oder stoßen wir an unsere Grenzen? Dies waren die zentralen Fragen der Diskussion zwischen Michaela Schreyer, der ehemaligen EU-Kommissarin für Budgetfragen von den Grünen, und dem CSU-Europaparlamentarier Ingo Friedrich. Während Ingo Friedrich die Grenzen der Union als weitgehend erreicht ansah und einem Beitritt der Türkei eher skeptisch gegenüberstand, betonte Frau Schreyer, dass es der EU schon immer gelungen sei, Vertiefung und Erweiterung miteinander zu verknüpfen. Allerdings seien die Anforderungen an eine EU-Mitgliedschaft gewachsen und die EU müsse künftig – dies gelte insbesondere für die Türkei – sehr viel stärker die Beitrittskriterien überprüfen. Zudem habe sich mit dem Vertrag von Lissabon die Union endlich auch institutionell auf die neue Situation eingerichtet. Den Vorschlag von Ingo Friedrich, den ost- und südosteuropäischen Staaten ohne unmittelbare Beitrittsperspektive eine „Osteuropaunion“ als dauerhaftes Zwischenstadium zu einer fernen Mitgliedschaft anzubieten, beurteilte Frau Schreyer eher skeptisch. Aufgabe sei eher, diese Länder mit den bestehenden Instrumenten der Nachbarschaftspolitik einzubinden.

Kontroverse Diskussion kennzeichnete das Abschlusspanel des Tages, das mit einem einleitenden Referat des ehemaligen stellv. Premier- und Finanzministers sowie Zentralbankchefs Polens, Leszek Balcerowicz, begann. Balcerowicz machte deutlich, dass die EU das Wirtschaftswachstum seiner Mitglieder durch den Abbau von Handelsschranken und die Vertiefung des Binnenmarktes fördere. Restriktive Ziele der EU-Umweltpolitik könnten aber das Wirtschaftswachstum der ärmeren EU-Mitgliedsländer behindern.

Frau Schreyer wies in ihrer Erwiderung darauf hin, dass Klima- und Umweltpolitik angesichts der globalen Effekte und der Verknappung der Energieressourcen auch bei ärmeren EU-Ländern schon aus Eigeninteresse Bestandteil der Wachstumsstrategie sein müsse.

Der zweite Tag der Konferenz war Einzelproblemen gewidmet: Verfassungsfragen, Demographie, vor allen aber Problemen und europäischen Perspektiven der Nachbarländer der EU.

Die Power-Point-Präsentationen können vom Tagungsbericht, der unter „Aktuelles“ auf den Internetseiten des Osteuropa-Instituts Regensburg liegt, heruntergeladen werden.



Annie Tubadji at the ARCADE Seminar.

### **Culture Based Development (CBD) presented at conferences in Split and Stalowa/Kraków**

OEI Research Fellow Annie Tubadji presented her concept of “Culture Based Development (CBD): at the ARCADE Seminar “Culture and Development – Preservation of Cultural Heritage and Local Community Development: History, Identity, Memory and Heritage” in Poland and at the conference ENCATC WG “Cultural Observatories and Cultural Information and Knowledge”, in Croatia.

At the ARCADE Seminar Annie Tubadji delivered her perspective of the Culture Based Development (CBD) concept and the production function of culture, applied in the cases of Regensburg (Germany) and Rousse (Bulgaria) in a comparative manner. For more information see: <http://www.osteuropa-institut.de/index.php?id=292>

In Poland OEI Research Fellow Annie Tubadji presented her contribution on “Culture Based Development (CBD): Cultural Observatories and Culture as a Resource for Sustainable Development”. The CBD concept is a methodological platform for understanding the mechanisms through which culture impacts sustainable development. Therefore, CBD can be adapted as the methodological basis for a knowledge-based monitoring of culture by cultural observatories which will provide feedback for decision makers in the development field dealing with culture. The utilization of CBD as a methodology for cultural policy observation is developed by OEI as work in progress and working papers on the topic are coming soon on OEI website.



Reinhard Frötschner auf der X. Internationalen Konferenz zur Geschichte Altrusslands; neben ihm Aleksandr Lavrov.

### Reinhard Frötschner auf der X. Internationalen Konferenz zur Geschichte Altrusslands

Vom 1. bis zum 3. Mai 2008 führte die X. Internationale Konferenz zur Geschichte Altrusslands auf Einladung von Prof. Dr. Ludwig Steindorff und Dr. habil. Martin Aust 20 Historikerinnen und Historiker aus Russland, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA in Kiel zusammen. Die Tagung widmete sich dem komplexen Thema „Religion und Integration in der Moskauer Rus' vom 14. bis zum 17. Jahrhundert: Konzepte und Praktiken, Potentiale und Begrenzungen“. Im Rahmen seines Vortrags „Vom Novgoroder Regional- zum Moskauer Reichskult. Die Verehrung der Gottesmutterikone von Tichvin als Mittel zur Herrschaftslegitimation und territorialen Integration im Moskauer Staat des 16. Jahrhunderts“ leistete Reinhard Frötschner einerseits einen Beitrag zur Klärung der Frage nach dem Selbstverständnis des Moskauer Reiches im 16. Jahrhundert; andererseits ging er mit Blick auf das Gesamthema der Konferenz der Frage nach den Motiven der für die Aufwertung des Kultes der Gottesmutterikone von Tichvin zum Reichskult verantwortlichen Personen, nach den von diesen ergriffenen Maßnahmen zur Erlangung ihrer Ziele, nach möglichen Widerständen und schließlich nach dem erzielten Ergebnis nach.

### Ankündigungen



Prof. Jan Kusber

### Vortrag mit interdisziplinärer Ausrichtung über Reformen und Reformunfähigkeit in der Sowjetunion nach dem Ende des Stalinismus

Am Mittwoch, den 25. Juni 2008, um 18.00 Uhr hält Professor Jan Kusber im Seminarraum des Wissenschaftszentrums Ost- und Südosteuropa einen Vortrag über „Wirtschafts- und Sozialreformen in der UdSSR und die Reform(un)fähigkeiten sozialistischer Systeme nach 1953“.

Prof. Kusber ist Inhaber des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und arbeitet schon seit einigen Jahren gemeinsam mit anderen Mainzer Kollegen an Projekten zur Geschichte der sich phasenweise wiederholenden Reformpolitiken.

### Aus der Forschung

### Die „Kasachstan-Connection“ am Osteuropa-Institut – ein gemeinsames Europäisches Projekt zur Lehrplanreform in Kasachstan



Die kasachische Doktorandin und DAAD-Stipendiatin Kamshat Meiram.

Seit März 2007 koordiniert das Osteuropa-Institut ein von der Europäischen Union im Rahmen des TEMPUS-Programms finanziertes, auf drei Jahre angelegtes Projekt „Neue Lehrpläne in Handelstheorie und Ökonometrie“. Vertragsnehmer des Projektes ist die Universität Regensburg, weiterer europäischer Partner die Universität Trento/Italien.

Zielgruppe des Projektes sind drei Universitäten in Kasachstan, welche die verschiedenen „Klassen“ der dortigen Universitätslandschaft repräsentieren: Eine vom Staatspräsidenten favorisierte „Nationale Universität“ in der neuen Landeshauptstadt Astana, eine auf Breitenbildung ausgerichtete „Regionale Universität“ in der durch die Wirtschaftstransformation schwer getroffenen Industriestadt Karaganda, und eine auf den Fachbereich Wirtschaft fokussierte „Privatuniversität“ ebendort.

Bei allen institutionellen Unterschieden haben die drei Universitätstypen dasselbe Problem: Die Fachrichtung „Volkswirtschaftslehre“, die gerade für eine junge Nation wie Kasachstan mit seinen großen Rohstoffvorkommen als Ratgeber der Politik so wichtig wäre, hat bis 1991 nicht existiert. Da niemand in diesem Fach ausgebildet worden war, standen bei Beginn der Etablierung des Faches auch keine qualifizierten Professoren zur Verfügung – mit entsprechenden Folgen für die Qualität der Lehre. Hier setzt das Projekt an: Am Beispiel eines für Kasachstan besonders wichtigen Faches – der Außenhandelslehre – wird demonstriert, wie Volkswirtschaftslehre gelehrt wird. Dabei werden nicht nur Lehrpläne en detail verfasst, sondern auch ins Russische übersetzt und an die Professoren in Trainingswochen vermittelt.



Schon jetzt zeitigt die Arbeit erfreuliche Ereignisse – die ersten Professoren haben im August 2008 in Regensburg ihr Training absolviert und den ersten Vorlesungszyklus „daheim“ gehalten. Mut machen auch die jungen Ph.D.-Studenten, die im Rahmen des Projektes sowie im Rahmen einer zwischen der Nationaluniversität und der Universität Regensburg geschlossenen Kooperationsvereinbarung an das Osteuropa-Institut und an die Universität Regensburg kommen, um hier Material für ihre Arbeiten zu sammeln und sich die Technik des wissenschaftlichen Arbeitens anzueignen.

Derzeit ist in Regensburg Frau Kamshat Meiram aus Astana, die sich in ihrer Doktorarbeit mit der „Holländischen Krankheit“, also dem Einfluss der hohen Einnahmen aus dem Ölgeschäft auf die Volkswirtschaft ihres Landes befasst. Schon im August besucht Frau Meiram unser Institut und die Universität wieder – dann bereits als Stipendiatin des DAAD für drei Monate. Wir sind sicher, dass diese Art von Zusammenarbeit nicht nur im wissenschaftlichen Bereich Früchte trägt, sondern auch für Bayern, das in TEMPUS-Programmen stark unterrepräsentiert ist, eine erfolgreiche Positionierung darstellt.



3. Februar 1949... jetzt Stadtarchiv Regensburg.

## Migration und Memoria. Die Zuwanderung nach Regensburg seit 1945 – ein Projekt des Stadtarchivs Regensburg und des Osteuropa-Instituts Regensburg

Unter Migration wird allgemein die Wanderung von Personen im regionalen und grenzüberschreitenden Bereich verstanden. Im vorliegenden Projekt werden insbesondere mit historiographischen Methoden Migrationsbewegungen nach Regensburg untersucht, die das Leben in der Stadt nach 1945 mitbestimmen. Es sollen dabei sowohl bleibende wie auch vorübergehende Erscheinungen im Mittelpunkt stehen. Die zugrunde liegende Hypothese ist, dass für Regensburg im gesetzten Zeitintervall, vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die unmittelbare Gegenwart, die Zuwanderung aus Osteuropa in vielerlei Hinsicht prägend gewesen sei.

An Zuwanderungsgruppen, die in Regensburg manifest wurden, sind zunächst die während des Zweiten Weltkrieges verschleppten Zwangsarbeiter aus Osteuropa zu unterscheiden. Anschließend fanden aus den östlichen Gebieten vertriebene Deutsche in Regensburg eine neue Heimat, weiter in kleinerer Zahl Emigranten aus kommunistischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, dann kamen Gastarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei, aus Griechenland (wie auch aus westlichen Ländern), Bürgerkriegsflüchtlinge aus Südosteuropa und schließlich die in der Gegenwart zuwandernden Deutschen aus Russland und jüdischen Kontingent-Zuwanderer.

Zu den Fragestellungen, die im Projekt entwickelt werden, gehört eine diachrone statistische Erhebung zu den Migranten in Regensburg, die Frage ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Integration, weiter interkulturelle Fragen. Dabei soll der Interaktion zwischen Stadt und Zuwanderern die perspektivische Priorität eingeräumt werden.

Insgesamt lassen sich aus der auf Regensburg fokussierten Untersuchung Rückschlüsse auf die Dynamik des Prozesses der Zuwanderung und Integration innerhalb des städtischen Milieus sowie Erkenntnisse für die Orientierungs- und Handlungsmöglichkeiten einer städtischen Gesellschaft bezüglich unterschiedlicher Zuwanderungstypen ziehen.



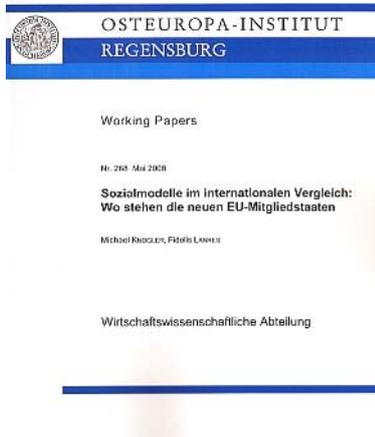
## Die Bedeutung der Produktvielfalt für den technischen Fortschritt

Eine überarbeitete Version des OEI-Working Papers Nr. 265 erscheint demnächst im „Journal of Development Economics“, der führenden internationalen Fachzeitschrift zu Themen der langfristigen Wirtschaftsentwicklung. Im Beitrag „Product variety and technical change“ zeigen der OEI-Mitarbeiter Richard Frensch und Vitalija Gaucaite Wittich (UNECE, Genf), dass sich die in einem Land zur Verfügung stehende Vielfalt von Kapitalgütern so verhält wie Technologie. Auf dieser Grundlage lässt sich auch technologische Konvergenz zwischen OECD- und Transformationsländern nachweisen. Dabei gibt es einen positiven Einfluss von Reformen im Bankenwesen auf die technologische Konvergenzgeschwindigkeit.



## Untersuchung zu den Auswirkungen von Handelsliberalisierung und Outsourcing

Im neuen [OEI-Working Paper Nr. 269](#) behandelt Richard Frensch das Thema „Trade liberalisation, adoption costs, and import margins in CEEC and OECD trade“. Mit Hilfe disaggregierter Handelsdaten aus OECD und mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften wird untersucht, ob die Existenz des zur Zeit viel diskutierte Outsourcing die Effekte einer Außenhandelsliberalisierung erhöht und ob kleine Länder bei der Adoption neuer Technologien benachteiligt sind. Die Antwort lautet auf die erste Frage „ja“, auf die zweite „eher nein“. Entsprechend kann man folgern, dass zunehmende Offenheit auch kleinen Ländern im wirtschaftlichen Aufholprozess nutzt: Sie profitieren sowohl durch ein Mehr an Außenhandel als auch durch damit einher gehende positive Technologie- und Wachstumseffekte.



## Europäische Sozialmodelle

Das [Working Paper Nr. 268](#) von Michael Knogler und Fidelis Lankes über „Sozialmodelle im internationalen Vergleich: Wo stehen die neuen EU-Mitgliedstaaten“ untersucht die Sozialmodelle der EU-Länder mit dem Fokus auf den neuen Mitgliedstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas in vergleichender Perspektive. Die Untersuchung erfolgt auf Basis von Indikatoren zu den wesentlichen Zielsetzungen von Sozialmodellen. Mit Hilfe einer Hauptkomponentenanalyse werden drei Komponenten von Sozialmodellen identifiziert, die diese Zielsetzungen widerspiegeln: Die Komponente Arbeitsmarktsicherheit gibt die Flexibilität und Einkommenssicherheit auf den Arbeitsmärkten wider. Sie kann auch als Komponente für *Flexicurity*, die im Rahmen der Lissabon-Strategie zur Erneuerung der Sozialmodelle eine wichtige Rolle spielt, interpretiert werden. Die weiteren Komponenten sind soziale Gleichheit und Eigenverantwortung, die auf das Verhältnis zwischen Inanspruchnahme staatlicher Transfers und der Regulierungskraft des Marktes durch einen liberal ausgestalteten Beschäftigungsschutz zielt. Auf der Grundlage dieser Komponenten werden fünf Ländergruppen identifiziert, die die in der Literatur vorgefundene regionale Einordnung von Sozialmodellen nur bedingt bestätigen. Die meisten der neuen EU-Mitgliedstaaten bilden zusammen mit Italien und Griechenland eine eigene Gruppe, für die geringe Arbeitsmarktsicherheit und geringe Eigenverantwortung charakteristisch sind.



## Energiepreisschock in der Ukraine

Die Auswirkungen des russisch-ukrainischen Gasstreits von Anfang 2006 auf die westeuropäische Versorgung sind noch in lebhafter Erinnerung. Seitdem hat sich der Energiepreis für die Ukraine verdoppelt. Trotz dieses Energiepreisschocks blieb das ukrainische Wirtschaftswachstum aber weiterhin hoch. Vor allem steigende Exportpreise für ukrainischen Stahl haben die Wirtschaft vor einer Rezession bewahrt. In Zukunft werden sich die Gasimporte der Ukraine weiter verteuern. Um Rezession und Inflation zu vermeiden, werden dann zusätzliche wirtschaftspolitische Maßnahmen, die bisher vermeiden werden konnten, wie Lohnzurückhaltung, Reduzierung der Staatsausgaben und Wechselkursanpassungen erforderlich werden.

Näheres unter OEI-Kurzanalysen [und Informationen Nr. 32](#), März 2008.



## Zwischenbilanz der „Lissabon-Strategie“

Die Lissabon-Strategie zeichnete sich durch Schwächen in der Politikkonzeption und Implementierung aus, die auch nach ihrer Neuausrichtung im Jahr 2005 (Lissabon 2) nicht völlig überwunden werden konnten. Zentral bleibt der Wille der nationalen Regierungen, entsprechende Arbeitsmarktreflexionen und Änderungen in den Sozialsystemen durchzuführen, um den Herausforderungen der Globalisierung und des demographischen Wandels zu begegnen. Laut den neuesten Berichten der EU-Kommission konnten zwar viele europäische Länder Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit und der Erhöhung der Beschäftigungsquoten erzielen. Deshalb können in einzelnen Ländern positive Wirkun-



## Die Lissabon-Strategie 2: Weniger Rhetorik und bessere Ergebnisse? – Die Neuen Mitgliedsländer im Fokus

Michael Knogler, Wolfgang Quaisser

Die Lissabon-Strategie zeichnete sich durch Schwächen in der Politikkonzeption und Implementierung aus, die sich nach ihrer Neuausrichtung im Jahr 2006 (Lissabon 2) nicht völlig überwunden werden konnten. Zentrale Ziele der Wille der nationalen Regierungen, entsprechende Arbeitsmarktreformen und Änderungen in den Sozialsystemen durchzuführen, um den Herausforderungen der Globalisierung und des demographischen Wandels zu begegnen. Laut dem neuesten Bericht der EU-Kommission konnten zwar viele europäische Länder Fortschritte beim Abbau der Arbeitslosigkeit und der Erhöhung der Beschäftigungspotenziale erzielen. Deshalb können in einzelnen Ländern positive Wirkung der entsprechenden Reformen vermutet werden, doch werden diese durch die allgemein günstigere Konjunktursituation überlagert. Hinsichtlich der neuen Mitgliedsländer bleibt das Bild recht uneinheitlich. „Sehr gute Fortschritte“ bescheinigt die Kommission Estland, „gute Fortschritte“ Slowenien und Litauen. Die übrigen Länder sind bei der Umsetzung der Lissabon-Agenda noch nicht entscheidend vorangekommen. Allerdings deckt sich diese von der Kommission vorgenommene insgesamt positive Trendentwicklung nicht mit den Einschätzungen des World Economic Forum. Eine transparente und auch quantitativ vergleichende Bewertung seitens der Kommission wäre deshalb wünschenswert (name and shame), offensichtlich ist jedoch eine solche aus politischen Gründen nicht gewollt.

gen der entsprechenden Reformen vermutet werden, doch werden diese durch die allgemein günstigere Konjunktursituation überlagert. Hinsichtlich der neuen Mitgliedsländer bleibt das Bild recht uneinheitlich. „Sehr gute Fortschritte“ bescheinigt die Kommission Estland, „gute Fortschritte“ Slowenien und Litauen. Die übrigen Länder sind bei der Umsetzung der Lissabon-Agenda noch nicht entscheidend vorangekommen. Allerdings deckt sich diese von der Kommission vorgenommene insgesamt positive Trendentwicklung nicht mit den Einschätzungen des World Economic Forum. Eine transparente und auch quantitativ vergleichende Bewertung seitens der Kommission wäre deshalb wünschenswert (name and shame), offensichtlich ist jedoch eine solche aus politischen Gründen nicht gewollt.

Mehr dazu in: Michael Knogler, Wolfgang Quaisser: Die Lissabon-Strategie 2: Weniger Rhetorik und bessere Ergebnisse? – Die Neuen Mitgliedsländer im Fokus, [OEI Kurzanalyse und Informationen Nr. 33](#), März 2008.

## Wirtschaftsberatung in Georgien



Eingang des GEPLAC.

Im Auftrag des British Council arbeitete Volkhart Vincentz im Mai als internationaler Senior-Experte beim Georgian-European Policy and Legal Advice Centre (GEPLAC) in Tiflis. In Vorbereitung des geplanten „Deep and Comprehensive Free Trade Agreement“ zwischen Georgien und der EU prüfte er die bisherigen Auswirkungen des allgemeinen Präferenzsystems (APS), welches die EU seit 2006 Georgien einräumt. Neben Fragen der Handelsstatistik wurde besonders die Nutzung der Exportpotentiale analysiert. Handels- und Wachstumsförderung durch Harmonisierung der handelsrelevanten georgischen Gesetzgebung und Regulierungen mit den EU-Regeln wurde ebenso untersucht wie die Auswirkungen des georgischen Regierungsprogramms und der in den letzten Jahren vorgenommenen umfassenden Reformen. Die Studie wird in einer der nächsten Ausgaben der Georgian Economic Trends, die vom GEPLAC herausgegeben werden, erscheinen.

## OEI-Veröffentlichungen



## Aus Economic Systems

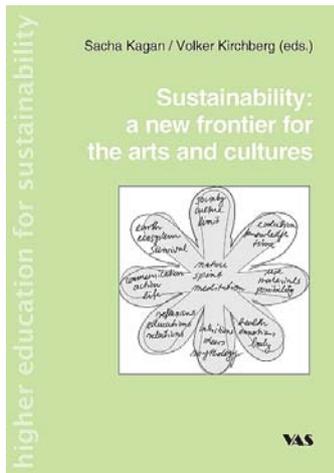
Im Mai 2004 traten, neben Malta und Zypern, auch acht mittel- und osteuropäische (MOE) Länder der EU bei, Rumänien und Bulgarien folgten 2007.

Der wirtschaftliche Erfolg der EU-Mitgliedschaft der MOE-Länder hat, wegen des Nebeneffekts eines erhöhten Preisdrucks, aber auch zur Folge, dass sich die zunächst erwartete rasche Mitgliedschaft im Euro-Raum für die meisten dieser Länder verzögert. Neben Malta und Zypern ist Slowenien das einzige neue EU-Mitglied, das bisher den Euro eingeführt hat. Vor diesem Hintergrund ist das März-Heft 2008 – unter der Gastherausgeberschaft von Bas van Aarle (ZEW, Mannheim und CESifo, München) und Jarko Fidrmuc (LMU München) – zur Gänze dem Thema der Erweiterung des Euro-Raumes gewidmet (Enlarging the Euro Area). Sieben Beiträge beleuchten eine Bandbreite von Themen wie Preisdifferenziale innerhalb der EU, Einflüsse der Fiskalpolitik, Wechselkursstabilität und Wachstum, um eine differenzierte Sicht auf die Herausforderungen anstehender Erweiterungen des Euro-Raums zu ermöglichen.

Auf der einen Seite bestätigen die Ergebnisse, dass Inflationsunterschiede zu bisherigen Euro-Ländern auch nach einem eventuellen Beitritt neuer EU-Mitgliedsländer zum Euro-Raum bestehen bleiben werden. Dies wird sicherlich neue Probleme für die gemeinsame Geldpolitik im Währungsraum mit sich bringen. Andererseits könnte die alternative Verzögerung eines solchen Beitritts zu höheren Wechselkursinstabilitäten für diese Länder führen, mit potentiellen Folgen für die Stabilität des Wachstums dieser Region.

Die vollständige Ausgabe von Economic Systems kann eingesehen werden unter:

<http://www.sciencedirect.com/science/journal/09393625>.



### Annie Tubadji's Publication on Culture and Sustainability at the Leuphana Series Publication

OEI Research Fellow Annie Tubadji's paper "Sustainable Utilization of Cultural Heritage Resources for Socio-Economic Development Purposes: The Role of Institutions and Organizations?" came out in the book "Sustainability: a new frontier for the arts and cultures" which was launched on 15 April 2008. The paper was first contributed to the ESA 2007 Conference in Lueneburg-Hamburg. It is based on the final evaluation of the MEP/TIEM Project that Tubadji has implemented for ICCROM, Roma, Italy in 2006. The book "Sustainability: a new frontier for the arts and cultures" is a collection of research papers on sustainability. It is an academic publication, part of the series "Higher Education for Sustainability". The series aims at stimulating international cooperation and intercultural dialogue on higher education for sustainable development. It is edited by Prof. Dr. Gred Michelsen, holder of the UNESCO Chair 'Higher Education for Sustainable Development', based at the Leuphana University of Lueneburg.

For further information, please see: [www.leuphana.de/infu/chair](http://www.leuphana.de/infu/chair)



Katrin Friese bei der Zeugnisverleihung

### Masterarbeit über die demokratische Legitimation der EU

Katrin Friese hat ihre Masterarbeit über „Die Mitwirkung der nationalen Parlamente in Angelegenheiten der Europäischen Union auf nationaler und europäischer Ebene am Beispiel des deutschen Parlaments und der COSAC“ als [Heft 58 der „Mitteilungen des Osteuropa-Instituts Regensburg“](#) veröffentlicht. Die Untersuchung entstand 2006 im Rahmen des Elitestudiengangs Osteuropa an der Universität Regensburg.

Die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten haben im Laufe der europäischen Integration einen Teil ihrer legislativen Kompetenzen auf die supranationale Ebene, d. h. insbesondere auf die im Rat der EU vertretenen Regierungen abgegeben. Das Handeln der Regierungen im Rat wiederum wird von den nationalen Parlamenten kontrolliert. Auch das Europäische Parlament überwacht die Aktivitäten des Rates und bestimmt mit diesem gemeinsam über neue Gesetzgebungsakte der EU. Auf diese beiden parlamentarischen Pfeiler stützt sich die demokratische Legitimation der EU.

Im Laufe der europäischen Integration wuchsen die Kompetenzen des Europäischen Parlaments; die nationalen Parlamente wurden dagegen lange nicht als europäische Akteure wahrgenommen. Derzeit wirken die nationalen Parlamente sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene in EU-Angelegenheiten mit. Zur Effektivierung ihrer Arbeit in EU-Angelegenheiten haben alle nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten Gremien geschaffen, die für Europa zuständig sind; allerdings erfolgt in der Praxis nur selten eine effektive Anwendung der Rechte der nationalen Parlamente. Zur Stärkung der Mitwirkung ist zuallererst notwendig, dass sich die nationalen Parlamente ihrer europäischen Verantwortung bewusst werden; die innerparlamentarischen Ressourcen müssen zudem so verteilt bzw. überhaupt erst geschaffen werden, dass eine Wahrnehmung der Kompetenzen möglich ist.

Auf europäischer Ebene wirken die nationalen Parlamente vor allem durch interparlamentarische Kooperationen. Eine dieser Kooperationsplattformen ist die COSAC, die Konferenz der Europa-Gremien der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten. Sie ist derzeit das einzige in den europäischen Verträgen verankerte Forum, in dem die Parlamente auf europäischer Ebene zusammenwirken, doch auch sie hat bisher trotz ihres weiten Zuständigkeitsbereiches in zu geringem Maße ihre Kompetenzen genutzt.